Konrad Ilgs Weg nach rechts

Autor(en): **Scheiben, Oskar**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **7 (1987)**

Heft [1]: **Arbeitsfrieden - Realität eines Mythos : Gewerkschaftspolitik und Kampf um Arbeit - Geschichte, Krise, Perspektiven**

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652531

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Oskar Scheiben

Konrad Ilgs Weg nach rechts

Eine Fussnote

Diesen Sommer und Herbst werden uns noch einige Porträts von *Konrad Ilg,* dem Verbandspräsidenten des SMUV und Initianten des später so genannten Friedensabkommens, zugemutet werden. Sie werden in Nuancen unterschiedlich ausfallen; ein Kapitel wird aber, so ist unschwer vorauszusehen, in (fast) allen fehlen: Die Abwendung Ilgs und weiterer SMUV-Funktionäre von der Sozialdemokratie und vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SBG) in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre, eine Abwendung, die sie in den Umkreis des *„helvetischen Totalitarismus"* (Hans Ulrich Jost) führte.

Seit 1928 war Konrad Ilg Vizepräsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), in deren Geschäftsleitung er die Interessen desGewerkschaftsbundes zu vertreten pflegte. Konzise Argumentation war allerdings nie seine Spezialität; seinen Einfluss nahm er dort vornehmlich wahr, indem er „Winke" gab. Ilg war Ende der 20er Jahre ein vorbehaltloser Befürworter eines Eintritts der SPS in den Bundesrat und ein notorischer Kommunistenhasser. Nach 1933 näherte sich die schweizerische Sozialdemokratie in zwei wichtigen Punkten, — in den Fragen der Landesverteidigung und der „bürgerlichen Demokratie" — an die herrschende Ideologie an. Doch Ilg ging der Anpassungsprozess zu wenig weit. Am Parteitag vom 6./7. Juni 1936, an dem er seinen Rückzug aus der Geschäftsleitung bekannt gab, äusserte er gemäss Protokoll die dunklen Sätze: *„Man kann die Genossen nicht mehr überzeugen; ich sehe darin eine grosse Gefahr. Vielleicht dass die Rettung noch von den Gewerkschaften her möglich ist."* Offenbar hatte Ilg deutlicher gesprochen, als im redigierten Protokoll zu lesen steht, denn Friedrich Adler, der Gastredner der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, antwortete sehr besorgt: *„Mich hat die Wendung bestürzt in der Rede des Genossen Ilg, wo er vom Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften sprach und wo er gewisse Konsequenzen damit in Zusammenhang brachte"* (1).

Die Geschäftsleitung der SPS klagte darauf in einem Brief vom 28. Oktober 1936 (vermutlicher Verfasser: Parteipräsident Hans Oprecht) an Max Weber, den wissenschaftlichen Mitarbeiter und ideologischen Kopf des SBG: *„Ich habe Dir gestern schon erklärt, dass Ilg und andere Genossen des Gewerkschaftsbundes im Grunde mit der Partei abgeschlossen hätten, und dass ihnen deswegen gar nicht so sehr daran gelegen sei, dass die Partei gesamtschweizerisch gesehen noch irgend eine Bedeutung habe* (2).

1938 gingen Ilg und der SMUV auch zum SBG auf Distanz. Ein ausserordentlicher Kongress beschloss am 5. November, in Zukunft *„in selbständiger. und unabhängiger Weise zu allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen"* (3). Dieser Beschluss stellte einen Verstoss gegen die geltenden Beschlüsse und Statuten des SGB dar, dessen mitgliederstärkster Verband der

SMUV war, und er wurde in der Folge vom Bundeskomitee des SGB auch auf diese Weise interpretiert. Derselbe SMUV-Kongress missbilligte sodann den im Herbst 1936 — damals im Einverständnis mit Ilg — erfolgten Beitritt des SGB zur „Richtlinienbewegung". Diese lose gewerkschaftlich-linksbürgerliche Plattform auf der Basis eines strikten Antikommunismus, der Bejahung von Landesverteidigung und der „bürgerlichen Demokratie" war auf Initiative von Max Weber zustandegekommen. Die SPS durfte erst beitreten, nachdem der Parteitag im Januar 1937 politisch identische Thesen verabschiedet hatte. Etwas Licht auf Ilgs Gesinnungswandel in diese Frage vermag eine Aktennotiz vom 12. März 1937 über ein Treffen mit Ernst Dübi, Präsident des Arbeitgeberverbandes schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller (ASM), zu bringen: „Dr. Dübi habe Ilg in aller Offenheit die wirtschaftliche Lage geschildert, wie sie heute sei und namentlich auf die Richtlinienbewegung aufmerksam gemacht, die von der Industrie bekämpft werden müsse" (4). Die Richtlinienbewegung war ein typischer Ausdruck der damaligen, stark von *Max Weber* geprägten Politik des SGB, ein Abwehrbündnis mit den demokratisch gesinnten Teilen des Bürgertums gegen die faschistische Gefahr im Innern und von aussen aufzubauen. Demselben Zweck diente die im Herbst 1933 gegründete Wochenzeitung *Die Nation,* deren Start grösstenteils der Gewerkschaftsbund finanzierte. Im Herbst 1938 liess Ilg, der seinerzeit zu den Mitinitianten gehört hatte, der Redaktion der „Nation" mitteilen, von ihm seien keine weiteren Artikel zu erwarten, da ihm die Linie nicht mehr passe (5).

Ilg strebte in diesen Jahren, so Marcela Hohl in ihrer Dissertation über Max Weber, eine *„Frontverlängerung nach rechts"* und den *„Verzicht auf Opposition"* an (6). M. Weber, genauso antikommunistisch eingestellt wie Ilg, aber ein ideeller Demokrat und unbedingter Antifaschist, sah in einer solchen Politik die Gefahr einer *„freiwilligen ‚Gleichschaltung'"*. Ende 1938 drohte ein offener Bruch zwischen dem SMUV und dem SGB, der im folgenden Jahr in einem für alle „unbefriedigenden Waffenstillstand" mündete. (7). Ilgs Intrigen galten dabei vor allem M. Weber, dem *„Geist des Gewerkschaftsbundes, der alles inspirierte"*. Auf Druck des SMUV kündigte dieser schliesslich 1940 seine Stelle beim SGB und liess sich zum Zentralpräsidenten des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes (heute GBH) wählen. Der Konflikt spitzte sich aber Ende 1941 erneut zu, weil Ilg und der SMUV sich offen gegen das Projekt einer eidgenössischen Alterversicherung stellten (8).
In Februar 1942, die Kriegswende von Stalingrad war noch nicht absehbar, glaubten einige SMUV-Funktionäre, nun sei der Zeitpunkt gekommen, sich auch nach aussen hin definitiv vom linken Traditionszusammenhang zu lösen. Im Bieler Volkshaus fand aus Anlass der kantonalen Wahlen eine vom bernischen Kantonalverband einberufene Konferenz statt, über die ein Bericht eines kritisch eingestellten Gewerkschafters vorliegt, den dieser der SPS zukommen liess. (9) Nacheinander wandten sich dort *Arthur Steiner* (Verbandssekretär), *Ferdinand Steiner* (Lokalsekretär in Bern) und ein jurassischer Sekretär gegen jedes weitere zusammengehen mit der Sozialdemokratie. *„Arthur Steiner/Bern erklärte sich scharf gegen die SPS. Diese Partei sei überlebt,*

olitisch überhaupt verloren, ‚das war einmal'. (...) Giron/Jura solidarisierte ich mit dem Vorredner, im Jura hätten die SMUV-Funktionäre sich schon seit Jahren nicht mehr von der SPS aufstellen lassen. Die Rote Fahne sei beschmutzt und komme nicht mehr in Betracht." Ferdinand Steiner bemerkte, *es sei eine Schande für SMUV-Kandidaten, sich von der SPS, ‚dieser Dreckande', wählen zu lassen. Seine Parole ist: Nie mehr mit der SPS zusammen Wahlen machen (Beifall), (...)."* Ilg selber zeigte sich an der Konferenz als der bliche Zauderer, *„er glaubt, es sei noch nicht* (Hervorhebung im Original) *möglich, dass der SMUV eigene Listen aufstelle."* Interessant ist auch der von

Ilg begründet das Friedensabkommen

Am 17. August 1937 begründete Konrad Ilg im Berner Volkshaus das Friedensabkommen den Redaktoren von zehn sozialdemokratischen Parteiorganen. Seine Ausführungen sind im Protokoll wie folgt festgehalten:

Ilg begründet in einlässlichen, incl. Schlusswort gut zweistündigen Ausführungen den Sinn und die Notwendigkeit des Abkommens mit der Metallindustrie. Seine Ausführungen sind vertraulich, insbesondere was die einzelnen Gründe anbetrifft, die zur Geheimhaltung der Verhandlungen bis zum Zeitpunkt des definitiven Abschlusses geführt haben. Eine andere Haltung hätte den SMUV gegenüber den christlichen, evangelischen und freisinnigen Gewerkschaften, die ebenfalls mitlaufen wollten, geschwächt. Auch wäre ein Abschluss unmöglich gewesen, da verschiedene grosse Industriegruppen erklärten, nicht mehr mitzumachen, wenn die Sache vorher in die Presse komme. Inhaltlich ist das Abkommen nach Ilg die logische Konsequenz der vom SMUV von jeher eingenommenen Haltung. Man hat immer soweit wie nur möglich Streiks vermieden und den Verhandlungsweg beschritten. Auch wenn es einmal zum Streik kam, so musste fast regelmässig ein Schiedsgericht letzten Endes entscheiden. Diese Möglichkeit ist nun auch ohne das Mittel des Streiks vorgesehen, sodass das Abkommen keineswegs eine Aufgabe des Rechtes auf Lohnbewegung bedeutet. Im Gegenteil. Der Verband hat zurzeit 70 Lohnbewegungen anhängig, und das Abkommen wird auf alle diese Bewegungen seine gute Wirkung nicht verfehlen. Eine öffentliche Bekanntgabe der Lohnbewegungen und ihrer Resultate lehnt der SMUV nach wie vor und im Gegensatz zum Bau- und Holzarbeiterverband ab und glaubt, auf diese Weise mehr zu erreichen als mit einer öffentlichen und politischen Ausschlachtung der Bewegung.

Für Ilg sind entscheidend die Erfahrungen in Deutschland, Italien, Österreich, die er aus nächster Nähe miterlebt und zum grossen Teil vorausgesehen hat. Nach seiner bestimmten Überzeugung ist das Abkommen ein Schritt dazu eine ähnliche Entwicklung für die Schweiz zu verhüten. Praktisch wären Streikbewegungen in den nächsten Jahren fast in der ganzen Metallindustrie der Schweiz ausgeschlossen, und zwar aus verschiedenen Gründen. In Arbon z.B. deshalb, weil schon ein Streik von zwei bis drei Wochen genügen würde, die Firma Saurer in den Konkurs zu treiben und damit die ganze Arbeiterbevölkerung aufs schwerste zu schädigen. Bei Sulzer in Winterthur musste ein Streik vermieden werden, weil von den 3200 Metallarbeitern keine 2000 dem Verband angehören, sodass eine

praktisch fast untragbare Zahl von Nichtverbandsmitgliedern von der Verbandskasse hätten unterstützt werden müssen. Hätte der Verband dies abgelehnt, so wäre ein Massenstreikbruch nach wenigen Tagen unvermeidlich gewesen. Bei der von Roll-Gruppe wiederum könnte ein Streik kaum gewagt werden, weil diese Gruppe finanziell unendlich viel stärker ist als die Arbeiterschaft und es auf eine Kraftprobe ankommen lassen könnte. In bezug auf die Bedeutung der Massen ist Ilg ganz allgemein äusserst skeptisch. Er verweist auf die Tatsache, dass kaum ein Drittel der ordentlichen Industriearbeiterschaft der Schweiz organisiert ist, und dass auch dieses Drittel zum grossen Teil nur materielle Interessen im Verbande sucht und ideologisch keineswegs auf unserm Boden steht. Auch in dieser Frage ist für ihn das Beispiel anderer Staaten entscheidend. Verbände, die zahlenmässig eine ungeheure Macht repräsentierten, wie etwa die deutschen Gewerkschaften, sind vor dem Ansturm der Gewalt des Kapitals kraftlos zusammengebrochen. Es gilt, in der Schweiz jede Entwicklung zu vermeiden, die zum Massenelend führen kann. Die Gefahr einer solchen Entwicklung ist gross, da die heutige Aufstiegswelle grossen Teils nur eine vom Rüstungswahnsinn bedingte Scheinkonjunktur ist und ein neuer Krisenschlag in den allernächsten Jahren schon befürchtet werden muss. Für den Metallarbeiterverband ergibt sich daraus die zwingende Konsequenz, die Exportindustrie während der kurzen günstigen Zeit so stark wie möglich werden zu lassen, damit sie in den künftigen äusserst schweren Jahren in ihrem Absatzgebiet Fuss gefasst hat und sich einigermassen erhalten kann. Das Abkommen soll in allererster Linie dazu dienen, den Vertragspartner bei einer künftigen und wohl unvermeidlichen neuen Lohnabbauwelle möglichst in den Händen zu haben und ihm jeden Vorwand zu einer einseitigen Klassenpolitik des Kapitals zu entziehen. Es ist klar, dass dieser Standpunkt, der das Hauptmoment für den Abschluss der Vereinbarung bildete, nicht veröffentlicht werden kann. Das Abkommen bedeutet im wahren und guten Sinne Klassenpolitik im Interesse der Arbeiterschaft.

---

einem unbekannten Gewerkschafter namens Franz verfasste Kommentar, der dem Bericht beigefügt ist. Darin heisst es, die SMUV-Sekretäre *Christoph Bollinger* aus Basel (oft unrichtig Bolliger geschrieben) und *Werner Lässer* aus Aarau seien „im Gotthardbund sehr aktiv, der mit den Nazis zusammengeht." Hans Ulrich Jost begreift den 1940 gegründeten Gotthardbund als Ausdruck des „helvetischen Totalitarismus", der in vermeintlicher Verteidigung der schweizerischen Unabhängigkeit „nicht selten die politische Kultur des faschistischen Gegners aufnahm" (10). Diese „Tatgemeinschaft neuer Männer" strebte eine „politische Erneuerung" der Schweiz an. So sollte der Bundesrat mehr Kompetenzen erhalten und korporatistische „Wirtschaftskammern" eingerichtet werden (11). Im Gotthardbund versammelten sich zunächst politisch heterogene Kreise, doch noch im Gründungsjahr traten eindeutig demokratisch gesinnte Mitglieder wie *Walter Allgöwer* (er wechselte zur „Aktion Nationaler Widerstand") wieder aus, während philofaschistische Persönlichkeiten wie *Gonzague de Reynold* blieben. Dem Gotthardbund gehörten über viele weitere Jahre der welsche SMUV-Verbandssekretär *Emile Giroud* an.

Der Schlussteil des Kommentars des Genossen Franz lässt sich einerseits über die Gewerkschaftspolitik des SMUV, anderseits über die politischen

Ziele Ilgs aus: *„Gegen den Bauarbeiterverband wird eine starke Hetze betrieben, gegen andere Gewerkschaften auch. Die Metallarbeiterlöhne sind trotz Kriegskonjunktur mehr als miserabel, sie drücken auf die Löhne anderer Berufe, Ilgs Lohnpolitik schädigt so alle Berufsangehörige. Ilg stellt die SMUV-Mitglieder nicht nur in Gegensatz zu andern Gewerkschaftern, sondern auch zur SPS, er will den SMUV von der Partei loslösen, da er noch viel mehr und offen nach rechts will. Ilg bereitet eine SMUV-Politik, eine eigene ‚Partei' vor, er will sich auch von den anderen Gewerkschaften lösen. Er bereitet die Ilg-Partei vor, die konservativ, kapitalhörig, offen ‚gelb', also nazistisch ist."*

Ilg wurde von der Geschäftsleitung der SPS wegen der Konferenz zur Rede gestellt. In einem Antwortbrief vom 18. Februar 1942 wollte er sich nicht dazu äussern, handle es sich doch um eine *„vollständig interne Verbandsangelegenheit"*. Den Bericht mochte er in der Sache nicht dementieren, sondern er begnügte sich damit, ihn als *„ein Abgehacktes (vom) Hörensagen"* zu qualifizieren (12). In der Folge wurde *Ferdinand Steiner* von der Mitgliederliste der SP Bern-Nord gestrichen und es wurde auch beschlossen, die *„Angelegenheit des Gen. Arthur Steiner"* abzuklären.

In einer 1948 anonym erschienenen Broschüre, die ein ausgezeichnet über die Interna informiertes SP-Mitglied vom rechten Parteiflügel verfasste, heisst es zu den Differenzen zwischen Ilg und der Partei: *„Ilg wurde vorgeworfen, die Prinzipien des Sozialismus verraten, die Arbeiter an die Unternehmer verkauft zu haben und selbst zum typischen ‚Sozialfaschisten' geworden zu sein. Hätte Ilg nicht der Parteileitung sehr deutlich erklärt, er kümmere sich keinen Deut um ihre Meinung, so wäre wahrscheinlich ein Ausschlussverfahren gegen ihn eingeleitet worden"* (13). Zeitweilig aus der SPS ausgeschlossen wurde der Neuenburger SMUVSekretär *René Robert,* weil er 1944 eine Sonderliste gegen die SP lanciert hatte (14).

Kein Wunder bei dieser politischen Entwicklung, dass wir nach dem Krieg den SMUV auch in einer aktiven Rolle beim Schweizerischen Aufklärungsdienst (SAD), einer antikommunistischen Frontorganisation des Kalten Krieges finden. Der SMUV wurde dort Kollektivmitglied, SMUV-Sekretär *Georg Jäger* aus Arbon Mitglied des ersten Leitenden Ausschusses. Und auch *Arthur Steiner,* Nachfolger von Ilg als Verbandspräsident und später Präsident des SGB, war in den Jahren 1950 bis 1958 Mitglied dieses Ausschusses (15).

Anmerkungen

1 Protokoll des SPS-Parteitages vom 6./7. Juni 1936, S. 69, 71.
2 Archiv SPS (deponiert im Sozialarchiv Zürich), Schachtel Ar. 1.610.1.
3 Siehe, wie im folgenden, M. Hohl: Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Max Weber (1897—1974) und sein Einfluss auf die Tätigkeit des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Diessenhofen 1983, S. 259ff. Und: Archiv SPS, Schachtel Ar. 1.250.4.
4 Notiz von ASM-Sekretär Dolde. Abgedruckt in der auf Juni 1987 angekündigten Dokumentation *Das Friedensabkommen in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie. Dokumente zur Vertragspolitik 1899—1987* (Auftraggeber: SMUV), die bei Abschluss dieses Beitrages noch nicht gedruckt vorlag.
5 Brief vom 17.10.1938 an Dr. H. Graf; Archiv SPS, Schachtel Ar. 1.250.4.
6 Hohl, a.a.O., S. 340f.

7 Siehe, wie im folgenden, ebda., S. 287ff.
8 Ebda., S. 319ff.
9 Archiv SPS, Schachtel Ar. 1.250.4.
10 Geschichte der Schweiz — und der Schweizer. Bd. III. Basel 1983, S. 175.
11 J. Frischknecht et al.: Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz. Zürich. 5. Aufl. 1984, S. 28ff.
12 Siehe, wie im folgenden, SPS-Archiv, Schachtel Ar. 1.250.4.
13 Der Weg der schweizerischen Sozialdemokratie. Von einem Linkspolitiker. Aarburg 1948, S. 12.
14 Geschäftsberichte der SPS: 1943/44, S. 10; 1945/46, S. 13.
15 Frischknecht et al., a.a.O., S. 49ff.